

Avanti ²

RSB Rhein-Neckar

ALSTOM: GE vor den Toren!

ALSTOM-KollegInnen auf IGM-Demo in Mannheim, 19.02.2015



Foto: Avanti²

H.N.

Rund 600 ALSTOM-KollegInnen unterstützen die Warnstreiks, zu der die IG Metall (IGM) am 19.02.2015 aufgerufen hatte. Laut Angaben der Gewerkschaft beteiligten sich insgesamt 4.000 Beschäftigte der örtlichen Metall- und Elektroindustrie an dem anschließenden Sternmarsch zum Alten Meßplatz.

Die ALSTOM-KollegInnen nutzten diese Demonstration, um Ihre Forde-

rungen an General Electric (GE), den Käufer der Energiesparte von ALSTOM, öffentlich zu machen: Erhalt aller Arbeits- und Ausbildungsplätze sowie Anerkennung der Tarifverträge und der Betriebsratsstrukturen auf allen Ebenen.

Mehrere GenossInnen und UnterstützerInnen des RSB Rhein-Neckar verteilten vor Beginn der Demo am Tor 6 von ALSTOM in Käfertal ein Betriebsflugblatt. Darin wird zur Verstärkung des Widerstands gegen die Angriffe der Konzernleitung aufgerufen. Zudem zeigt es Alternativen zur Abbau-Politik des Managements auf (siehe S. 2 dieser Beilage). ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in der siebten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur Avanti findet Ihr aktuelle Berichte über die Résistance bei ALSTOM sowie den nicht enden wollenden Kampf gegen BR-Mobbing.

Zudem berichten wir über die antifaschistischen Proteste vom 8. Februar in Ludwigshafen und unsere örtliche Veranstaltung zu Griechenland.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
01 Alstom 1: GE vor den Toren	03 Tagung: Formen der Ausbeutung
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	ANTIRASSISMUS / VERANSTALTUNGEN
02 Alstom 2: Betriebsflugblatt	03 Veranstaltung: Machtkampf um Griechenland
02 BR-Mobbing bei Rhenus: Wo ist der Skandal?	04 Ludwigshafen: Proteste gegen Nazi-Hools
03 Nora: Auseinandersetzung um Neuwahl des BR	04 Filmreihe: „Spurensuche“
	04 Termine

GENERAL ELECTRIC VOR DEN TOREN UNSERE CHANCE? RESISTANCE!

Dokumentation des Betriebsflugblatts vom RSB Rhein-Neckar, das am 19. Februar 2015 bei ALSTOM in Käfertal verteilt wurde.

Die ständigen Angriffe des ALSTOM-Managements auf ganze Standorte, auf Beschäftigung und Ausbildung finden auch im Interesse von GENERAL ELECTRIC (GE) statt. Es wäre naiv zu glauben, dass es nicht schon Absprachen hinter den Kulissen gegeben hat.

Das Scheitern der Einigungsstelle ist ein Alarmsignal. Das ALSTOM-Management will Standort- bzw. Bereichsschließungen mit betriebsbedingten Kündigungen für die neuen Konzernherren vorbereiten.

Unser Geld einfordern

Für die jahrelange Ausplünderung, das kriminelle Missmanagement und die jetzt bevorstehende Zerschlagung von ALSTOM belohnen sich die Aktionäre und das Management. Zusätzlich rund 4 Milliarden € fließen in ihre prallen Taschen.

Der Löwenanteil geht an den Haupteigner und Multimilliardär Bouygues. Konzernboss Kron erhält einen Zusatzbonus von über 4 Millionen €, die 2.000 Konzernmanager insgesamt 60 Millionen €. Das ist der Judaslohn für die Zerschlagung. Aber das ist unser Geld! Wir benötigen es für die Sicherung unserer Arbeit und Ausbildung!

Unsere Interessen verteidigen

Mit dem erfolgreichen Warnstreik am 10.02.2015 und der Info-Aktion der Fabrikbelegschaft am letzten Freitag ist endlich wieder Bewegung am Standort entstanden. Nur wenn wir uns konsequent wehren, werden wir Erfolg haben.

Unsere Rechte wahrnehmen

Seit der Auseinandersetzung im Frühjahr 2014 (Abtransport der GT-24-Bauteile) versucht die Geschäftsleitung, uns systematisch einzuschüchtern und zu verwirren. Auch mit „Mitarbeiter-Infos“.

Aber wir haben das Recht auf Warnstreik und das Recht auf Demonstration (Artikel 8 Grundgesetz). Und wir können uns jederzeit beim Betriebsrat informieren oder uns von ihm informieren lassen (§ 39 Betriebsverfassungsgesetz). Dazu brauchen wir nicht abzustecken, sondern uns nur beim Vorgesetzten abzumelden.

Unsere Stärken ausbauen

Zudem ist der Versuch, uns oder unseren Betriebsrat an der Wahrnehmung demokratischer Rechte zu hindern, strafbar.

Durch die aktive und entschlossene Wahrnehmung unserer Rechte schwächen wir die Gegenseite. Gleichzeitig stärken wir unsere eigene Position. Das ist gerade im Hinblick auf GE wichtig. Denn GE will keine funktionierenden Betriebs-

räte und keine Tarifverträge.

Unsere Forderungen aufzeigen

Wir sollen den Kaufpreis von GE zahlen. Unsere Forderungen sind klar: Erhalt aller Standorte, Arbeits- und Ausbildungsplätze, Erhalt der Tarifverträge und Betriebsratsstrukturen!

Um unsere Interessen verteidigen zu können, müssen wir auf unsere eigene Kraft bauen. Deshalb sollten sich in diesem Sinne auch die bisher Nichtorganisierten der IG Metall anschließen.

Nur gemeinsam können wir unseren Forderungen im Konzern, in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik wirklich Gehör verschaffen.

Unsere Perspektiven entwickeln

Der standortübergreifende Widerstand in Deutschland und auf der internationalen Ebene ist unsere Pflicht.

Wir müssen unsere Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Angriffen noch mehr als bisher beschützen. Nicht nur wie 2014 am Tor 8, sondern – wenn sie die Fabrik in Frage stellen sollten – an allen Toren.

Unsere Alternativen verdeutlichen

1. Arbeit und Ausbildung haben Vorrang vor Profiten. Deshalb:

- Ja zur Verteidigung aller Arbeits- und Ausbildungsplätze!
- Ja zu einer verbindlichen und unbefristeten Beschäftigungsgarantie für uns alle! Für ein Verbot von Entlassungen!

2. Im Unterschied zum Finanzsektor sind unsere Produkte und Dienstleistungen von großer gesellschaftlicher Bedeutung. Nicht zuletzt für eine Energiewende, die diesen Namen verdient. Deshalb:

- Ja zu einem staatlichen Schutzschirm für uns und unsere Standorte!
3. Unser Wissen und unsere Arbeit – ob im Büro oder in der Fabrik – ermöglichen die Erzeugung von Werten. Deshalb:

- Ja zum Ausbau unserer demokratischen Kontroll- und Vetorechte im Betrieb und im Konzern!

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Nur wer kämpft, kann gewinnen!

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

RSB – Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale
Postfach 102610, 68026 MA, Tel./Fax: 0621/1564046,
Email: rhein-neckar@rsb4.de

Rhenus Logistics GmbH: BR-Mobber geben nicht auf

Bereits am 15. Juli 2013 hatte Rhenus erneut dem langjährigen BR-Mitglied Sebastian Cano unter fadenscheinigen Vorwänden gekündigt. Erst mehr als ein Jahr danach, am 11. September 2014, wurde diese außerordentliche Kündigung vom Arbeitsgericht Mannheim für unwirksam erklärt.

S.K.

Rhenus wollte und will aber vor dem Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg (LAG) – Kammern Mannheim – eine Aufhebung dieser Entscheidung erreichen. Am 24. Februar verhandelte das LAG den Fall.

Der *Mannheimer Morgen* berichtete einen Tag danach unter der Überschrift „Vorschläge zur Güte ohne Chance“ ausführlich über diesen Gerichtstermin. Unter anderem schrieb

das Blatt: „Für die Gewerkschafter, die sich im Komitee 'Solidarität gegen Betriebsrat-Mobbing, organisiert haben und die Zuschauer-Stühle füllen, ist Canos Geschichte ein eklatantes Beispiel für den Versuch, einen kritischen Betriebsrat loszuwerden.“

Eines der anwesenden Komitee-Mitglieder wird auf Betreiben des Anwalts von Rhenus, Harald Klaus, in den Zeugenstand gerufen. Natürlich geht es diesem Anwalt nicht um die

Klärung der im Raum stehenden Vorwürfe des BR-Mobbing. Er will herausbekommen, ob Kollege Cano an einem Flugblatt des Solidaritäts-Komitees vom 11. Juli 2013 mitgewirkt hat. Unter der Überschrift „Mobbing Tatort Rhenus“ wurden darin die Angriffe von Vorgesetzten auf Betriebsrat Cano scharf kritisiert.

Für die LAG-Richterin Birgit Zimmermann ist offenbar das Flugblatt und nicht der darin geschilderte Sach-

verhalt des BR-Mobbing „starker Tobak“. Sie tue sich „schwer zu sagen, dass das noch mit Meinungsfreiheit gedeckt ist“.

Nach zweieinhalb Stunden Verhandlung vertagte sich das Gericht, um bei einem Fortsetzungstermin – wie von Rhenus beantragt – einen weiteren Zeugen wegen des Flugblatts zu befragen.

Die Solidarität mit Sebastian Cano muss verstärkt werden!

Nora: BR-Mehrheit will betriebsratslose Zeit

Am 13. Januar 2015 hatte das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg – Kammern Mannheim – (LAG) das Urteil des Arbeitsgerichts bestätigt und die Betriebsrats-Wahlen von 2014 definitiv für ungültig erklärt (siehe *Avanti*² von Februar 2015). Wie wir erwartet hatten, agierte die Mehrheit im Betriebsrat (BR) auch danach mit neuen Winkelzügen.

O.T.

Mit ihrem „BR-Info“ vom 19.02.2015 hat die BR-Mehrheit dokumentiert, dass sie eine betriebsratslose Zeit bei nora systems GmbH in Weinheim bereitwillig in Kauf nehmen will.

In einer Stellungnahme hierzu kritisieren die Minderheitsvertreter im BR am 25.02.2015 dieses Verhalten. Sie stellen fest: „Die Haltung der Mehrheitsvertreter/innen ist ... nicht nur

verantwortungslos gegenüber den Beschäftigten, sie ist auch widersinnig, da sie selbst seit Monaten auf die negativen Folgen einer solchen Situation hinweisen.“

Weiter führt die BR-Minderheit aus: „Die betriebsratslose Zeit nützt nur der Geschäftsführung, weil sie dann mitbestimmungspflichtige Entscheidungen ohne Arbeitnehmervertretung durchführen kann. Auch auf die im März anstehende Tarifrunde bei nora systems

hätte sie gravierende Auswirkungen.“

Nach Ansicht der BR-Minderheit ist eine betriebsratslose Zeit noch immer vermeidbar. Sie sei keine zwangsläufige Folge einer erfolgreichen Wahlanfechtung, sondern vielmehr das Ergebnis „einer ignoranten Haltung der BR-Mehrheit“. Es gebe bekanntermaßen rechtliche Handlungsmöglichkeiten, um eine betriebsratslose Zeit zu vermeiden.

Die BR-Minderheit appelliert deshalb erneut an die Mehrheit: „Nutzt endlich

die noch (bis zum 16.03.2015) vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten im Interesse der Belegschaft!“ Und sie fordert: „Die Neuwahl des Betriebsrats muss schnellstmöglich durchgeführt werden!“

Offensichtlich führt die BR-Mehrheit in Absprache mit der Geschäftsleitung die betriebsratslose Zeit herbei, um einen erneuten Versuch zur Ausschaltung der Minderheitstendenzen zu können.

Wir werden weiter berichten ... ■

„Formen der Ausbeutung“ – Tagung am 25. April 2015

H.N.

Am Samstag, den 25. April 2015, führen wir in Mannheim unsere nächste Betriebs- und Gewerkschaftstagung durch. Wir wollen untersuchen, wie die Ware Arbeitskraft genutzt wird und was dies für die einzelnen Beschäftigten und die arbeitende Klasse insgesamt bedeutet.

Im Zentrum wird die Analyse von gesellschaftlichen und betrieblichen

Methoden der Ausbeutung stehen. Die Prekarisierung und Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen, das Instrument der indirekten Steuerung, die „Ganzheitlichen Produktionssysteme“ oder das Konzept „Industrie 4.0“ sind Themen, die wir ebenso diskutieren werden wie die Frage der Gegenwehr und der Alternativen. ■

Bitte vormerken!

„Worum geht es bei dem Machtkampf um Griechenland?“

So lautete der Titel unserer öffentlich Monatsveranstaltung am 27. Februar, die auf reges Interesse stieß. Zu Beginn gedachten die Anwesenden mit einer Schweigeminute einer langjährigen, treuen Besucherin unserer Diskussionsabende, die kürzlich verstorben ist.

K.M.

Unsere Referent führte aus, dass trotz massiver Gegenwehr in Griechenland und der Wahl einer neuen Regierung die Ausplünderungspolitik der „Troika“ – jetzt als „die Institutionen“ bezeichnet – bisher nicht gestoppt werden konnte. Wenn Geschichte eine Geschichte von Klassenkämpfen sei, müssten wir auch bei der Betrachtung der Konflikte um und in Griechenland immer von den jeweiligen Klasseninteressen ausgehen.

Der Spätkapitalismus habe in seiner Anfang der 1970er Jahre durchgesetzten neoliberalen Ausprägung zu einer bisher nicht gekannten Zusammenballung von Macht und Reichtum geführt. Dies zeige sich auch in Griechenland, wo 50 Familien Wirtschaft, Medien und bürgerliche Politik

beherrschten.

Zur Perfektionierung der Ausbeutung sei global und regional ein immer weiter entwickeltes und ausgebautes System von Institutionen und Verträgen geschaffen worden. In diesem Rahmen, so die Ausführungen unseres Referenten, sei die aktuell wieder verschärfte Auseinandersetzung um Griechenland zu sehen. Es gehe hier nur vordergründig um „Schulden“. Es gehe vielmehr um die Profitinteressen der herrschenden Klassen und ihre „alternativlose“ Verteidigung durch die Institutionen in der EU.

Nach dem Wahlsieg von SYRIZA stelle sich die Frage, ob eine grundlegende Änderung stattgefunden habe. Nach Meinung unseres Referenten hat die Führung von SYRIZA durch die Koalition mit der rechten ANEL (den

„Unabhängigen Griechen“ unter Panos Kammenos) ein klares Zeichen gesetzt. Sie strebe eine Politik des Kompromisses mit kapitalistischen Kreisen an.

Tsipras und Co. wollen, so unser Referent, keinen Bruch mit dem Kapitalismus organisieren. Ihr – illusionäres – Ziel sei ein sozial abgefederter Vorkrisenkapitalismus, der der EU möglichst friedlich in Verhandlungen abgerungen werden soll.

Eine Alternative sei nur durch den Stopp der Schuldzahlungen zu erreichen. Er würde sofort den tatsächlichen Zustand der griechischen Banken bloßlegen und ihre Nationalisierung unausweichlich machen. Dadurch würde die Herrschaft des Kapitals selbst in Frage gestellt werden, besonders wenn die Enteignung entschädi-

gungslos und unter ArbeiterInnenkontrolle erfolge.

Das Fazit des Einleitungsreferats lautete: In Griechenland stehe tatsächlich auch die Zukunft Europas auf dem Spiel. Die Solidarität mit der Widerstandsbewegung der griechischen Bevölkerung sollte von einem kritischen Verständnis der Entwicklungen in Griechenland begleitet sein.

Diese Solidarität könne dazu beitragen, eine Wende zu einem konstruktiven Ausweg aus der Krise für die Ausgebeuteten und Unterdrückten herbeizuführen.

Die anschließende lebhafteste Diskussion drehte sich um die Möglichkeiten einer Solidaritätsarbeit, vor allem aber um die Chancen der neuen Regierung in Athen. Ein Thema, das weiter zu verfolgen ist. ■

Antifaschistische Proteste in Ludwigshafen

Massiver Polizeischutz für Nazi-Hools

C.L.

Am 8. Februar waren Nazi-Hooligans des Vereins „Gemeinsam Stark Deutschland e.V.“ nach Ludwigshafen gereist, um ihre rassistische Hetze betreiben zu können. Aufgrund der Proteste im Vorfeld dieser Aktion durften sie nur auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs – unter starkem Polizeischutz – mit ihren menschenverachtenden Parolen auftreten.

Versuche von AntifaschistInnen, das Auftreten der Rechten dort zu behindern, wurden von den „OrdnungshüterInnen“ durch eine Einkesselung rigoros unterbunden. Zum späten Nachmittag wurde der

Kessel vollständig in Gewahrsam genommen – laut Polizei kam es zu 131 Festnahmen. Auf die festgenommenen AntifaschistInnen warteten solidarische GegendemonstrantInnen an der Gefangenensammelstelle bis zum späten Abend und begleiteten sie nach der Freilassung auf dem Weg aus der Stadt.

Ohne die 700 Menschen aus Mannheim wäre die Beteiligung an dem „Bürgerfest“ unter dem Motto „LU bunt statt braun“ auf dem Theaterplatz recht überschaubar gewesen. Die Solidaritätsdemo über den Rhein war von „Mannheim gegen Rechts“ organisiert und unter anderem vom RSB Rhein-Neckar unterstützt worden. ■



Antifa-Demo Ludwigshafen am 08.02.2015

Kleine vierteilige Filmreihe „Spurensuche“

Am Freitag, den 06. März 2015, starten wir mit unserer kleinen vierteiligen RSB-Frühjahrsfilmreihe. Wir begeben uns auf Spurensuche nach dem Motto: „Wenn wir nicht wissen, wo wir herkommen, wissen wir auch nicht, wo wir hingehen.“

Zu jedem Film gibt es eine kurze Einführung. Nach der Vorführung besteht die Möglichkeit zum zwanglosen Austausch bei einer Flasche Bier oder einem Glas Wein.

Wir treffen uns jeweils freitags um 19.00 Uhr im Büro, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim.

- 06. März 2015: „Thomas Müntzer und die Bauernkriege“
- 20. März 2015: „Karl Marx und die Anfänge der ArbeiterInnenbewegung“
- 10. April 2015: „Rosa Luxemburg und die deutsche Revolution“
- 24. April 2015: „Ernest Mandel und die IV. Internationale“.

RSB/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

RSB Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621 / 156 40 46
Email: rhein-neckar@rsb4.de



TERMINE (weitere Infos beim RSB Rhein-Neckar)

- Fr, 06.03.2015, 19.00 Uhr, Filmabend, Büro MA, „Thomas Müntzer und die Bauernkriege“
- So, 08.03.2015, 15.00 Uhr, Gewerkschaftshaus MA, Veranstaltung zum Internationalen Frauentag
- Mi, 11.03.15, 16.00 Uhr, Paradeplatz MA, „Fukushima mahnt!“, Mahnwache zum Jahrestag der Atom-Katastrophe
- Do, 12.03.15, 11.00 Uhr, LAG MA, 2. OG, Fortsetzung Berufungsverfahren Rhenus
- Do, 12.03.15, 19.30 Uhr, Jugendkulturzentrums Forum, Neckarpromenade, „In Dieser Strasse“, Konzert mit Bernd Köhler und EWO²
- Fr, 13.03.15, 19.00 Uhr, Gewerkschaftshaus MA, „Die Rolle der EZB“, Veranstaltung von „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ mit Winfried Wolf
- Mi, 18.03.2015, Demonstrationen gegen die Eröffnung des EZB-Neubaus in Frankfurt/Main
- Fr, 20.03.2015, 19.00 Uhr, Filmabend, Büro MA, „Karl Marx und die Anfänge der ArbeiterInnenbewegung“
- Fr, 27.03.2014, 19.00 Uhr, Cafe Filsbach MA, Öffentliche Diskussionsveranstaltung des RSB zu einem aktuellem Thema